



Niederschrift

Umwelt- und Agrarausschuss

20. Wahlperiode – 49. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. Dezember 2025, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Heiner Rickers (CDU), Vorsitzender

Rixa Kleinschmit (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Dirk Kock-Rohwer

Sandra Redmann (SPD)

Anne Riecke (FDP)

Dr. Michael Schunck (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Thomas Hölk (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung von Staatssekretär Otto Carstens.....	4
2. Bericht der Landesregierung zur Arbeit des Kompetenzzentrums Klimaeffiziente Landwirtschaft.....	5
Antrag der Abgeordneten Rixa Kleinschmit (CDU) und Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 20/5326	
3. Bericht der Landesregierung zur Öko-Landbau-Aktionswoche.....	7
Antrag der Fraktionen von Rixa Kleinschmit (CDU) und Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
4. Bericht der Landesregierung zum Thema Katzenschutzverordnung.....	8
Bitte der Abgeordneten Sandra Redmann (SPD) in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Umwelt- und Agrarausschusses am 7. November 2025	
5. Information/Kenntnisnahme.....	9
Umdruck 20/5570, Antwortschreiben aus dem BMUKN auf das Schreiben von Minister Goldschmidt zur „Langfristigen Finanzierung Munitionsbergung“	
6. Verschiedenes.....	11
a) Sachstandsbericht des MEKUN über Ministerkonferenzen.....	11
b) Nächste Sitzung.....	12

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge beraten: 1, 5, 6 a), 2 bis 4, 6 b).

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende den Abgeordneten Nielsen als neues Ausschussmitglied.

1. Vorstellung von Staatssekretär Otto Carstens

Herr Carstens, Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, stellt seine Person und seinen bisherigen beruflichen Werdegang vor.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich nach Schwerpunkten der künftigen Arbeit des neuen Staatssekretärs und künftigen Herausforderungen.

Staatssekretär Carstens antwortet, die von der alten Hausspitze begonnenen positiven Dinge sollten fortgeführt werden. Beispielhaft nennt er die Zielvereinbarung mit der Landwirtschaftskammer, die jüngst vom Kabinett beschlossen worden sei. Er werde die aufgelöste Entbürokratisierungs-AG wieder einsetzen. Die erste Sitzung sei noch in diesem Jahr terminiert. Das zeige, dass einer seiner Schwerpunkte die Identifikation von Entbürokratisierungsthemen sei. Ein weiterer Punkt, den man angehen wolle, sei das auch in der Öffentlichkeit oft diskutierte Thema Kuchenverkauf. Vorgesehen sei, teilweise positive Einzelfalllösungen zur Grundlage eines Erlasses zu machen. Ein Punkt, der über diese Wahlperiode hinausgehe, sei das Ziel der Vereinheitlichung von Verwaltungsstrukturen und Behördenstrukturen, um eine effiziente Verwaltung zu schaffen.

Von der Abgeordneten Redmann konkret zum Thema Wald befragt, legt Staatssekretär Cars tens dar, dass alle von der alten Hausspitze begonnenen positiven Dinge weiterverfolgt werden sollten, insbesondere da, wo Expertise vorliege. Der Verwaltungsrat der Landesforsten werde personell nunmehr durch die Fachebene und nicht mehr durch die Staatssekretärsebene vertreten.

**2. Bericht der Landesregierung zur Arbeit des Kompetenzzentrums
Klimaeffiziente Landwirtschaft**

Antrag der Abgeordneten Rixa Kleinschmit (CDU) und Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck [20/5326](#)

hierzu: Umdruck [20/5510](#)

Herr Carstens, Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, führt kurz in die Thematik ein und legt dar, das Kompetenzzentrum bestehe seit nunmehr mehr als zwei Jahren. Im ersten Jahr sei es geprägt worden durch den strukturellen Aufbau, die Netzwerkbildung und die Etablierung der geplanten Förderverfahren. Bereits jetzt habe es einen großen Bekanntheitsgrad im Land und sei über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus vernetzt. Mithilfe des Kompetenzzentrums kämen Landwirtinnen und Landwirte, Wissenschaft und Verbände zusammen. Es werde Raum geschaffen für einen aktiven Austausch über bestehende und neue Projekte und Partnerschaften für tragfähige Lösungen einer nachhaltigen und effizienten Bewirtschaftung und Produktion. Diese sollten durch Förderung unterstützt werden.

Herr Dr. Reinsch, Leiter des Referats Acker und Pflanzenbau, Nährstoffmanagement, Klimakompetenzzentrum Landwirtschaft im MLLEV, berichtet anhand eines Vortrags (Umdruck [20/5510](#)) über das Kompetenzzentrum.

Abgeordnete Kleinschmit äußert sich positiv zu der bisher geleisteten Arbeit und erkundigt sich nach möglichen gesundheitlichen Auswirkungen auf Kühe durch geänderte Fütterung zur Reduzierung des Methanausstosses.

Herr Dr. Reinsch antwortet, der Bericht sowie das Gutachten zu dem Projekt der Fütterung eines Zusatzstoffes der Methaninhibition sei auf der Homepage veröffentlicht. Bei dem Versuch sei gemessen worden, wie viel Methan Kühe mit dem Futterzusatz im Vergleich zu einer Kontrollgruppe ohne Futterzusatz emittierten. Während des Versuchszeitraums habe eine Methanreduktion festgestellt werden können, die zwar nicht ganz an die Herstellerangaben herangekommen sei, die aber auch nicht unwe sentlich gewesen sei. Während der Fütterungsphase hätten keine negativen Einflüsse auf die Tiergesundheit oder die Milchleistung festgestellt werden können. Dargestellt werde aber auch, dass es keine Sicherheit in Bezug auf die

Effekte einer langfristigen Anwendung gebe. Hier müsse man weiter beobachten. An sich genommen seien die Ergebnisse zunächst einmal positiv.

Abgeordnete Backsen stellt Fragen zu den Themen post-fossile Landwirtschaft, Lehrplan für Berufsschulen sowie Agroforst.

Herr Dr. Reinsch geht zunächst auf die post-fossile Landwirtschaft ein und legt dar, in einem Gutachten sei zunächst der Energiebedarf auf Betrieben ermittelt worden. Dieser könne abhängig von der Fruchtfolge und der Tierhaltung unterschiedlich sein. Ausgehend von dieser Berechnung sei ermittelt worden, wie viel Energie mit PV erzeugt werden müsse, um den Energiebedarf in der Landwirtschaft zu decken, und wie viel Speicherkapazitäten notwendig seien, da die Energie nicht gleichmäßig über das Jahr verteilt benötigt werde. Diese Aspekte seien in einem Gutachten beleuchtet und für Schleswig-Holstein hochgerechnet worden. Mit welchen Techniken, Schleppertypen oder Energiespeichern einzelne Betriebe dies in Anwendung bringen könnten, habe das Gutachten nicht untersucht. Mit dieser Fragestellung wolle man sich auf der nächsten Jahrestagung näher beschäftigen.

Er legt ferner dar, dass die bisherigen Projekte an drei Berufsschulen gelaufen seien. Dies solle fortgeführt werden. Dafür sollten weitere Berufsschulen gewonnen werden. Man habe mit den Auftragnehmern, die dies an den Berufsschulen umgesetzt hätten, ein Zwischentreffen durchgeführt, um die positiven und negativen Aspekte zu erörtern und über mögliche Verbesserungen zu diskutieren, die in den nächsten Ausschreibungen berücksichtigt werden könnten.

Das Agroforstprojekt laufe noch eineinhalb bis zwei Jahre. In der vorletzten Woche seien die Baumpflanzungen vorgenommen worden.

Der Vorsitzende bittet das Ministerium, zu Jahresabschlussveranstaltungen beziehungsweise Veröffentlichungen von Zwischenergebnissen mit öffentlichkeitswirksamer Beteiligung die Ausschussmitglieder einzuladen.

3. Bericht der Landesregierung zur Öko-Landbau-Aktionswoche

Antrag der Fraktionen von Rixa Kleinschmit (CDU) und Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umdruck [20/5384](#) (neu)

Herr Carstens, Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, berichtet, vom 25. September bis 5. Oktober 2025 habe die erste Öko-Landbau-Aktionswoche stattgefunden. Ziel sei gewesen, den Austausch mit und zwischen ökologisch wirtschaftenden Betrieben zu erhöhen, Informationen zur ökologischen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen sowie ökologisch wirtschaftende Betriebe aus Schleswig-Holstein für Verbraucherinnen und Verbraucher sichtbar zu machen.

Am 29. September 2025 habe es eine Auftaktveranstaltung gegeben, die unter dem Motto „Ökolandbau im Wandel – Visionen für morgen“ gestanden habe. Dafür hätten verschiedene Referenten gewonnen werden können. Die Veranstaltung habe ungefähr 100 Teilnehmende gehabt. Zusätzlich habe die Möglichkeit bestanden, sich an Ständen zu informieren. Während der Aktionswoche hätten insgesamt 14 Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen und an verschiedenen Standorten in Schleswig-Holstein stattgefunden. Insgesamt hätten ungefähr 180 Personen an verschiedenen Aktionen teilgenommen. Am 3. bis zum 5. Oktober 2025 habe auf dem Rathausmarkt in Kiel der Bioaktionsmarkt stattgefunden. Auf diesem Verbrauchermarkt seien verschiedene Produkte aus Schleswig-Holstein angeboten worden. Es habe auch Aktionen für Kinder gegeben, bei denen spielerische Fakten zur ökologischen Landwirtschaft vermittelt worden seien. Insgesamt ziehe er ein positives Fazit.

Die Frage der Abgeordneten Redmann, ob es weitere Aktionswochen geben werde, beantwortet Frau Rissmann, Leiterin des Referats Ökologischer Landbau, Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen, Konditionalität im MLLEV, dahin, dass die Öko-Aktionswoche derzeit evaluiert werde. Bisher habe auch noch nicht die Gelegenheit bestanden, im Detail mit der neuen Haushaltung darüber zu sprechen, was möglicherweise zusätzlich gewünscht sei zu dem, was bisher gemacht worden sei. Man arbeite an der Konzeption.

4. Bericht der Landesregierung zum Thema Katzenschutzverordnung

Bitte der Abgeordneten Sandra Redmann (SPD) in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Umwelt- und Agrarausschusses am 7. November 2025

Abgeordnete Redmann fragt nach dem Sachstand, der Zeitschiene des Erlasses einer Katzenschutzverordnung sowie nach Kastrationsmöglichkeiten von Katzen in Tierheimen.

Herr Carstens, Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, führt aus, die Katzenschutzverordnung stehe kurz vor ihrem Abschluss. In den letzten Monaten sei gemeinsam mit verschiedenen Akteuren, unter anderem der kommunalen Familie, den Amtstierärztinnen und Amtstierärzten, aber auch dem Innenministerium ein entsprechender Verordnungsentwurf erarbeitet worden. Dem Ministerium sei es wichtig gewesen, von Anfang an alle relevanten Akteure einzubeziehen. Derzeit befindet sich der Entwurf in der juristischen Prüfung im Ministerium und gehe dann in die Verbandsanhörung.

Staatssekretär Carstens versichert auf Nachfrage der Abgeordneten Redmann, dass das Ministerium bemüht sei, die Verordnung zeitnah voranzutreiben.

Frau Andresen bezieht sich auf die Frage der Abgeordneten Redmann zu der Kastrationsmöglichkeit von Tierheimen und führt dazu aus, die Verordnung solle die Regel enthalten, dass alle freilaufenden Katzen gechippt und registriert werden sollten, sodass Halter ermittelt werden könnten. Diese könnten dann aufgefordert werden, ihre Katzen zu kastrieren. Seien die Halter nicht zu ermitteln, könne die Ordnungsbehörde eine Kastration veranlassen.

5. Information/Kenntnisnahme

Umdruck [20/5570](#), Antwortschreiben aus dem BMUKN auf das Schreiben von Minister Goldschmidt zur „Langfristigen Finanzierung Munitionsbergung“

Frau Günther, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, legt dar, die Landesregierung habe durch einen entsprechenden Titelansatz in der Nachschiebeliste das Signal an den Bund gesendet, dass Schleswig-Holstein bereit sei, in Vorleistung zu treten.

Abgeordnete Redmann begrüßt, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnimmt.

Staatssekretärin Günther führt aus, der Bund habe eine Skizze vorgelegt, wonach sich die Länder jährlich mit 35 Millionen Euro an den Kosten der Plattform in der Ostsee zur Beseitigung von Munition beteiligen sollten. Dieses Thema werde, wenn auch nicht als ordentlicher Tagesordnungspunkt, in der Ministerpräsidentenkonferenz erörtert werden. Lege man den Königsteiner Schlüssel zugrunde, entfielen auf Schleswig-Holstein Kosten in Höhe von 1,19 Millionen Euro. Dieser Betrag sei in die Nachschiebeliste eingestellt. Wie hoch der Anteil Schleswig-Holsteins schließlich werde, werde man sicherlich im nächsten Jahr sehen, wenn eine konkrete Vereinbarung getroffen werde. Das Bundesumweltministerium habe jetzt unter neuer Leitung die Verhandlungen aufgenommen. Die Gespräche liefen auf CdS- oder MP-Ebene.

Es sei nicht sinnvoll, eine Plattform auszuschreiben und zu bauen, möglicherweise mit Personal und Logistik auszustatten, wenn es keine verlässlichen finanziellen Daten für den Betrieb dieser Plattform gebe. Dafür sei ein Betreiberkonzept notwendig. Voraussetzung dafür sei eine finanzielle Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Deshalb mache der Bund hier etwas Druck. Sie sei zuversichtlich, dass es zu einer Vereinbarung kommen werde. Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern würden voraussichtlich am meisten von dem Betrieb der Plattform profitieren. Deshalb müssten diese Länder möglicherweise etwas in Vorleistung gehen. Der Landesregierung sei wichtig gewesen, zu zeigen, dass sie sich entsprechend dem Königsteiner Schlüssel an der Finanzierung beteiligen werde.

Der Ausschuss nimmt den oben genannten Umdruck zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

a) Sachstandsbericht des MEKUN über Ministerkonferenzen

Frau Günther, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, führt aus, auf der letzten Umweltministerkonferenz seien 40 Tagesordnungspunkte behandelt worden. Zu 30 davon seien Beschlüsse gefasst worden. Zu einigen Punkten seien keine Beschlüsse gefasst worden, weil man sich entweder auf alte Beschlüsse bezogen habe oder sich nicht habe verständigen können. Das gelte beispielsweise für die Wiederherstellungsverordnung, die Wasserrahmenrichtlinie oder das Thema Wolf. Zu letztem Thema liege derzeit ein Referentenentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums vor, der in den Häusern derzeit bewertet werde, bevor er im Bundestag und im Bundesrat intensiv beraten werde. Es habe auch ein fachlicher Austausch zu den Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zum Thema Düngeverordnung stattgefunden.

Schleswig-Holstein habe einen Beschlussvorschlag zum Klimaschutz eingebracht, um der deutschen Delegation bei der Weltklimakonferenz den Rücken zu stärken, die inhaltliche Verwobenheit zwischen Klimaschutz und Arten- und Naturschutz darzustellen und sich mit Fragen des Emissionshandels zu befassen.

Ein weiterer Beschluss sei gefasst worden zum Thema Atomendlagersuche. Die Bundesländer forderten eine Beschleunigung bei der Endlagersuche, um zügig zu einer Standortendlagerung zu kommen und die Verantwortung nicht auf kommende Generationen abzuwälzen.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die mögliche neue Gemeinschaftsaufgabe, für die sich im Bundeskoalitionsvertrag ein Prüfauftrag wiederfinde. Die Umweltministerkonferenz habe sich intensiv mit dem mündlichen Bericht des Bundes für eine neue Gemeinschaftsaufgabe im Rahmen der bestehenden GAK beschäftigt. Für eine gemeinschaftliche Finanzierung von Naturschutz und Klimaanpassungen stelle der Bund den Ländern in 2026 50 Millionen Euro zur Verfügung. Sie werde in der nächsten Woche nach Berlin fahren, um sich über die Modalitäten zu informieren.

Ein weiterer Beschluss sei gefasst worden zum Thema mehrjähriger Finanzrahmen der EU und zur GAP. Notwendig sei, dass die Europäische Union auch künftig Mittel für einen starken Umwelt- und Naturschutz zur Verfügung stelle.

Außerdem habe sich die Konferenz befasst mit den Themen, Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie, grünes Band, damit, wie mit Kleintieren bei motorisierten Gartengeräten umzugehen sei, PFAS und Verpackungsmüll.

Sie gehe davon aus, dass die Beschlüsse in Kürze auf der Webpage des federführenden Saarlandes veröffentlicht würden.

Auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zur Haltung der Landesregierung hinsichtlich der neuen GAP-Förderstrategie erinnert Staatssekretärin Günther an das zwischen dem ehemaligen Minister Schwarz und Minister Goldschmidt abgestimmten Papier, dass der EU-Kommission zugeleitet worden sei. Es gebe in diesem Bereich bereits intensive Verhandlungen und Gespräche. MEKUN und MLLEV seien da nicht auseinander. Sie gehe davon aus, dass die neue Ministerin Schmachtenberg keine andere Linie vertrete, als sie Minister Schwarz bisher vertreten habe. Wichtig sei, dass es in den Fördervorgaben der Europäischen Kommission ein Mindestbudget für Agrar-, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gebe, das klar zuzuordnen sei.

b) Nächste Sitzung

Der Vorsitzende weist auf die nächste Sitzung am 14. Januar 2026 unter anderem mit den Themen Vorstellung Ministerin Schmachtenberg, Fachgespräch zum Thema Imkerei und Bericht der Landesregierung zur Wasserrahmenrichtlinie hin.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Heiner Rickers
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin